



CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg

DIE GRÜNEN

An den
Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Frithjof Kühn
Kreishaus

24.05.2011

53721 Siegburg

Nachrichtlich

SPD-Kreistagsfraktion
FDP-Kreistagsfraktion
Gruppe DIE LINKE
Gruppe FUW/BfM

Klimaschutz im Rhein-Sieg-Kreis konsequent ausbauen

Sehr geehrter Herr Landrat,
die Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stellen folgenden Antrag:

Beschlussvorschlag:

Auf Basis internationaler Vereinbarungen haben die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland erklärt, den Klimaschutz durch die Reduzierung der Emission klimaschädlicher Gase konsequent voran zu treiben. Der Rhein-Sieg-Kreis stellt sich seiner Verantwortung für einen nachhaltigen Klimaschutz und wird seinen aktiven Einsatz auf diesem Gebiet fortführen und erweitern. Dabei steht als Ziel die deutliche Reduzierung von klimaschädlichen Emissionen in allen Bereichen an oberster Stelle. Dieses Ziel ist mindestens gleichwertig mit weiteren grundsätzlichen Zielen des Handelns des Kreises zu sehen.

Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die vor kaum einem Handlungsbereich Halt macht. Darauf muss sich die Kreisverwaltung auch organisatorisch einstellen. Klimaschutz ist nicht nur Vorsorge dafür, den Ausstoß von Treibhausgasen zu begrenzen. Er umfasst auch das Erfordernis, bereits absehbare, nicht mehr zu abzuwendende Folgen von klimatischen Veränderungen zu berücksichtigen, d.h. Anpassungsmaßnahmen zu entwickeln.

Der Kreistag stellt fest, dass seitens des Kreises bereits in der Vergangenheit umfangreiche und vielfältige Maßnahmen zur Reduzierung von klimaschädlichen Emissionen erfolgt sind. Ebenso begrüßt der Kreistag die zahlreichen lokalen Initiativen von Kommunen und weiteren Akteuren für aktiven Klimaschutz im Kreis.

Für eine konsequente Fortführung der Aktivitäten des Kreises im Bereich des Klimaschutzes beauftragt der Kreistag die Kreisverwaltung mit folgenden Maßnahmen:

A. Grundsätzliche Klimabilanz:

Die Kreisverwaltung soll auf Basis vorhandener Kennzahlen eine Übersicht bzw. Schätzung über die Höhe der Treibhausgasemissionen unterteilt nach den wesentlichen Sektoren im Bereich des Rhein-Sieg-Kreises erstellen und dem Kreistag vorlegen.

B. Kreiseigene Liegenschaften und Vergabe

1. Die Kreisverwaltung soll dem Kreistag über die umfangreichen Maßnahmen der Sanierung kreiseigener Gebäude und den bisher erfolgten Einsatz von Techniken zur Gewinnung regenerativer Energien berichten. Ebenso soll die Kreisverwaltung eine Liste von weiteren möglichen Maßnahmen zur Energieeinsparung bzw. Gewinnung regenerativer Energien an kreiseigenen Gebäuden inkl. Kosten, Amortisationszeiträume und Klimawirksamkeit vorlegen.
2. Die Kreisverwaltung soll dem Kreistag über die bisherige Verankerung von Umweltkriterien (mit Schwerpunkt Klimaschutz) in allen Bereichen der Vergabe und Beschaffung berichten. Weiterhin soll die Kreisverwaltung dem Kreistag Beschlussempfehlungen zur weiteren Verankerung ökologischer Kriterien im Bereich Vergabe/Beschaffung vorlegen.

C. Weitere klimarelevante Bereiche des Verwaltungshandelns

1. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, in allen hier nicht aufgeführten Bereichen des Verwaltungshandelns (insbesondere Landschaftsplanung, kommunale Bauleitplanung, Verkehr) die klimarelevanten Handlungsbereiche zu identifizieren und dem Kreistag Vorschläge für eine stärkere Einbeziehung des Klimaschutzes in diese Bereiche inklusive Wirkung, evtl. Kosten und dazu notwendigen Schritten vorzulegen. Dabei sind auch Maßnahmen zur Reaktion auf vorhersehbare durch den Klimawandel bedingte Probleme zu prüfen.
2. Die Vertreterinnen und Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises in den Gremien der im (Teil-) Eigentum des Rhein-Sieg-Kreises befindlichen Gesellschaften werden beauftragt, auf die Verwirklichung der Klimaschutzziele auch durch die betreffenden Unternehmen hinzuwirken. Die Unternehmen sollen über ihre Bemühungen in diesem Bereich kontinuierlich berichten.

D. Förderung klimaschutzrelevanter Maßnahmen bei Privaten und Unternehmen

Gemeinsam mit weiteren Akteuren sollen die bestehenden Bemühungen für energetische Gebäudesanierung und Gewinnung von regenerativen Energien in Privathaushalten und Unternehmen fortgesetzt werden. Eventuell notwendige Maßnahmen zur Intensivierung bzw. Optimierung dieser Aktivitäten sollen dem Kreistag zur Beratungen vorgelegt werden. Gleichzeitig soll die Kreisverwaltung in ihrer Informationspolitik verstärkt die Möglichkeiten zur Finanzierung von Gebäudesanierung bzw. Gewinnung regenerativer Energien transportieren. Ebenso soll die Umsetzung weiterer Finanzierungsinstrumente (wie z. B. „KlimaGut-Brief“ der KSK Steinfurt) geprüft werden.

E. Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

1. Die Kreisverwaltung soll die bereits erfolgten sowie in Angriff genommenen Aktivitäten im Bereich des Klimaschutzes in einem Internet-Infoportal Klimaschutz veröffentlichen. Die Kreisverwaltung schafft in Abstimmung mit den Beteiligten die notwendigen Strukturen, um die Kreisverwaltung, Vertreter der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie weitere für diesen Bereich wesentliche Akteure im Bereich des Klimaschutzes zu vernetzen.

Ziel ist die Bündelung der bereits bestehenden vielfältigen Initiativen für Klimaschutz im Kreis und der Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmer/innen. Dies betrifft vor allem den Austausch über bereits laufende Projekte in den Kommunen, allgemeine Ansätze zur Implementierung des Klimaschutzes im kommunalen Handeln und Informationen über Förderprogramme für Kommunen.

F. Prüfung von Fördermöglichkeiten für klimaschutzrelevante Maßnahmen

Die Kreisverwaltung prüft eine Teilnahme am „European Energy Award“ (EEA) in Abstimmung insbesondere mit den Kommunen im Kreisgebiet, die bereits eine Teilnahme beschlossen haben. Ebenso sollen weitere Förder- bzw. Finanzierungsmöglichkeiten für die o.g. sowie weitere Projekte geprüft werden. Über die Ergebnisse soll die Kreisverwaltung den entsprechenden Gremien berichten.

G. Kontinuierliche Berichterstattung

Die Kreisverwaltung soll über die genannten sowie über weitere Maßnahmen aus dem Bereich des Klimaschutzes alle zwei Jahre einen kurzen Tätigkeitsbericht einschl. einer Bewertung bisheriger Maßnahmen erstellen und dem Kreistag bzw. dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zur Beratung vorlegen. In diesem Bericht sollen auch Vorschläge und Maßnahmen zur ggf. erforderlichen Anpassung an Klimaveränderungen enthalten sein.

Begründung

Die Thematik Klimaschutz wird durch den Rhein-Sieg-Kreis bereits in einigen Handlungsfeldern bearbeitet. Vor allem bei der Sanierung kreiseigener Gebäude sowie bei der Förderung von Gebäudesanierung und Gewinnung regenerativer Energien bei Privathaushalten und Unternehmen erfolgten viele Aktivitäten. Mittlerweile wurde in der Kreisverwaltung eine eigene Arbeitsgruppe gebildet, die sich schwerpunktmäßig dem Klimaschutz als Querschnittsaufgabe widmet. Dies verdeutlicht den Willen des Rhein-Sieg-Kreises, den Klimaschutz voranzutreiben. Dies soll durch die in diesem Antrag aufgezeigten Handlungsfelder konkretisiert werden.

A. Grundsätzliche Klimabilanz

Bisher existiert keine „Kreis CO₂-Bilanz“. Eine wirkliche Bilanz wäre auch nur schwer zu erstellen. Auch für ein Monitoring erscheint eine CO₂-Bilanz aufgrund der vielen Hindernisse und Unwägbarkeiten nicht geeignet. Jedoch sollte dem Kreistag ein grober Überblick zur Verfügung gestellt werden, um die Statistiken in seine Prioritätensetzung bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen einzubeziehen. Entsprechende Fördermöglichkeiten bestehen durch ein Programm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen.

B. Kreiseigene Liegenschaften und Vergabe

Bereits in der Vergangenheit erfolgten auch durch die finanziellen Möglichkeiten des Konjunkturpakets II umfangreiche Sanierungsarbeiten bzw. Installationen von Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien an kreiseigenen Gebäuden. Im Hinblick auf die weitere Notwendigkeit zur Reduzierung klimaschädlicher Emissionen soll die Kreisverwaltung nun weitere mögliche Schritte inkl. Kosten und Wirksamkeit eruieren und dem Kreistag vorlegen. Das zersplitterte und nicht immer stringente Vergaberecht ermöglicht vielfältige Wege, um ökologische Kriterien in den Vergabeverfahren zu verankern. Diese Ansicht wird von Experten und auch der Bundesregierung mittlerweile unterstützt. Um der Komplexität der Materie gerecht zu werden, sollte die Kreisverwaltung dem Kreistag über den aktuellen Stand berichten und Maßnahmen für eine stärkere Verankerung ökologischer Kriterien bei Vergabe und Beschaffung vorschlagen. Die bisherige Realisierung und Ergänzungsmöglichkeiten sollten auch bei den kreiseigenen Gesellschaften untersucht werden.

Weitere klimarelevante Bereiche des Verwaltungshandelns

In den Bereichen, die im Vergleich zu Gebäudewirtschaft und Vergabe nur indirekt vom Rhein-Sieg-Kreis beeinflusst werden können, soll die Kreisverwaltung mögliche Klimaschutzrelevante Maßnahmen prüfen und in einer Gesamtschau vorlegen. Dies betrifft insbesondere Landwirtschaft, Landschaftsplanung sowie die Beratungs- bzw. Genehmigungsverfahren bei der kommunalen Bauleitplanung und selbstverständlich den Bereich des Verkehrs.

C. Förderung Klimaschutzrelevanter Maßnahmen bei Privaten und Unternehmen

Die Aktivitäten der Kreisverwaltung in dem beschriebenen Bereich sind vielfältig und erfolgreich. Sie sollen unbedingt fortgesetzt werden. Ein wesentliches Problem ist die Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen bzw. Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien. Viele Menschen wollen sich in diesem Bereich engagieren, haben aber aufgrund der eigenen Lebensverhältnisse dazu nur eingeschränkte Möglichkeiten. Entsprechend entstehen einige lokale Initiativen (wie „BürgerSolar Troisdorf“), die Alternativen erarbeiten. Dieses Engagement gilt es zu fördern und solche oder ähnliche zu prüfende Finanzierungsmodelle durch Wissenstransfer und Förderung auf mehr Kommunen zu übertragen.

D. Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

Um die Sensibilität der Menschen sowie weiterer Akteure im Kreis für die Thematik Klimaschutz aufrecht zu erhalten, sollte über ein entsprechendes Portal kontinuierlich informiert werden. Im Bereich des Klimaschutzes handelt es sich um ein relativ neues Aufgabenfeld für die kommunalen Verwaltungen. So sind viele kommunale Initiativen entstanden. Beispielfhaft seien hier genannt:

- 1.) European Energy Award (Teilnehmer Eitorf, Lohmar, Sankt Augustin)
- 2.) BMU Förderprogramm Nationale Klimaschutzinitiative (Bornheim, Rheinbach sowie die Kommunen Lohmar, Much, Neunkirchen-Seelscheid, Ruppichterath gemeinsam).
- 3.) ILEKs (alle linksrheinischen Kommunen gemeinsam sowie Eitorf, Hennef und Windeck gemeinsam)

Das dort erworbene Wissen über Maßnahmen und Förderprogramme sollte transportiert werden. Die Kreisverwaltung kann hier als Moderator auftreten, der Wissen bündelt und Netzwerke herstellt, um lohnenswerte Projekte für mehr Klimaschutz in möglichst vielen Kommunen umzusetzen.

E. Prüfung von Fördermöglichkeiten für klimaschutzrelevante Maßnahmen

Bei der Vielzahl von Programmen scheinen Fördermöglichkeiten durchaus gegeben. Der European Energy Award eignet sich besonders für die derzeitige Situation des Kreises und soll daher besonders in Betracht gezogen werden (s. <http://www.european-energy-award.de>).

F. Kontinuierliche Berichterstattung

Um eine Gesamtschau zur Thematik kontinuierlich zu ermöglichen, erscheint eine regelmäßige prägnante Berichterstattung der Kreisverwaltung in der genannten Form auch im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand vertretbar.

Gez.

Dieter Heuel
Fraktionsvorsitzender

Rolf Bausch
Planungspolitischer Sprecher

Hanns-Christian Wagner
Umweltpolitischer Sprecher

Gabi Deussen-Dopstadt
Fraktionsvorsitzende

Martin Metz
Planungspolitischer Sprecher

Edith Geske
Umweltpolitische Sprecherin

f.d.R.
Andrea M. Hauser